

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	59. Plenarsitzung Gemeinderat
CDU-Gemeinderatsfraktion	Termin:	18.03.2014
vom: 21.01.2014	Vorlage Nr.:	2014/0362
eingegangen: 21.01.2014	TOP:	16
	Verantwortlich:	öffentlich
		Dez. 2
Einrichtung eines Ausschusses für Sicherheit und Ordnung		

- Kurzfassung -

Der Einrichtung eines beratenden Ausschusses für Sicherheit und Ordnung steht die Verwaltung ablehnend gegenüber.

Die Bildung eines solchen Ausschusses würde aus Sicht der Verwaltung keinen positiven Effekt im Hinblick auf die Sicherheit und Ordnung im Stadtgebiet erzielen.

Die Verwaltung empfiehlt den Antrag abzulehnen.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages		nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Kontierungsobjekt: Ergänzende Erläuterungen:		Kontenart:	
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Dem Aufgabenbereich „Sicherheit und Ordnung“ wird selbstverständlich auch innerhalb der Stadtverwaltung eine große Bedeutung zugesprochen. Es ist unstrittig, dass sowohl die objektive Sicherheit als auch das subjektive Sicherheitsempfinden die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger maßgeblich beeinflusst. Insoweit können die Ausführungen im Antrag der CDU-Fraktion von der Verwaltung auch mitgetragen werden.

Allerdings umfasst das Thema „Sicherheit und Ordnung“ ein sehr breites Gebiet mit sehr vielen unterschiedlichen Bereichen, die teilweise keine oder nur wenige Gemeinsamkeiten bzw. Berührungspunkte haben. Eine Vermengung dieser Themen in einem einzelnen Ausschuss erscheint nicht unbedingt zielführend.

In vielen bereits bestehenden Ausschüssen (z. B. Planungs-, Umwelt-, Bau-, Sozial- und Jugendhilfeausschuss), aber auch in ämterübergreifenden Arbeitsgruppen stehen die entsprechenden Themen regelmäßig auf den Tagesordnungen der jeweiligen Sitzungen. Sie werden dort schon heute umfassend und mit hohem Sachverstand behandelt und bearbeitet.

Ein neuer, zusätzlicher Ausschuss für Sicherheit und Ordnung könnte nach Auffassung der Stadtverwaltung im Vergleich zur heutigen Situation daher keine Verbesserung bringen.

Es wäre zudem die Neustrukturierung bestehender Ausschüsse erforderlich. Dadurch müsste befürchtet werden, dass Expertenwissen, das z. B. in den bereits bestehenden Ausschüssen vorhanden ist, verloren geht oder auch Doppelberatungen bzw. Parallelbearbeitungen in den Ausschüssen vorkommen.

Die Einrichtung eines Ausschusses für Sicherheit und Ordnung erscheint aus Sicht der Verwaltung daher verzichtbar. Die Verwaltung empfiehlt den Antrag abzulehnen.